In der Mai – Sitzung des Stadtrates wurde der Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Delitzscher Straße behandelt. In der Bürgerfragestunde wurden dazu auch von mehreren betroffenen Anwohnern Fragen an die Verwaltung gestellt. In dem Beschlussvorschlag wurden pauschal Kosten für Grunderwerb und Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen angegeben. Ich frage die Verwaltung:

- 1. Welche Grundstücke müssen erworben werden und wie hoch sind jeweils die geschätzten Kaufpreise bzw. Abfindungen?**
- 2. Welche Teile des Ausbaus sind nach der Straßenausbausatzung beitragspflichtig?**
- 3. Welche Straßenausbaubeiträge kommen nach den bisherigen Schätzungen auf die einzelnen Anwohner zu? Gibt es dabei aus der Sicht der Verwaltung Härtefälle?**

gez. Martin Bauersfeld
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im der Erarbeitung der Vorplanung wurden die für den Straßenbau erforderlichen Grundstücksflächen ermittelt.

Insgesamt werden ca. 11.615 m² privaten Eigentums für den Ausbau der Delitzscher Straße benötigt, wobei sich hier einige private Flächen bereits innerhalb der heutigen Verkehrsanlage befinden.

Die Kostenschätzung der Grunderwerbskosten basiert auf der Bodenrichtwertkarte des Landesamtes für Vermessung und Geodaten.

In der weiteren Planungsphase werden die Grundstückspreise über die kommunale Bewertungsstelle der Stadt Halle detailliert ermittelt.

zu 2.

Der Umfang des beitragsfähigen Aufwands ist verbindlich in § 2 Straßenausbaubeitragssatzung geregelt. Danach zählen die erforderlichen Baukosten der Straße und ihrer Nebenanlagen, die Planungs- und Grunderwerbskosten zum beitragsfähigen Aufwand. Aufwendungen, die durch den Bau der Straßenbahnanlagen verursacht werden, sind jedoch nicht beitragsfähig.

zu 3.

Beitragspflichtig sind nach § 11 Straßenausbaubeitragssatzung die Eigentümer der durch den Ausbau der Anlage bevorteilten Grundstücke bzw. ggf. ihre Erbbauberechtigten.

Die Höhe des Straßenausbaubeitrags hängt einerseits vom beitragsfähigen Gesamtaufwand, andererseits von der Vielzahl, Größe und Art der baulichen Nutzungen der bevorteilten Grundstücke ab. Die Verwaltung ermittelt derzeit diese Daten, um eine Beteiligung der später Beitragspflichtigen frühzeitig durchführen zu können. In dieser Anliegerbeteiligung, die für Anfang September geplant ist, wird neben den Planungsinhalten auch über die voraussichtliche Kostenbelastung des Einzelnen informiert.

Begründet das Beitragsschuldverhältnis freilich eine erhebliche Härte für den Abgabepflichtigen, kommen Billigkeitsregelungen, wie Stundung oder Verrentung nach dem

Kommunalabgabengesetz - LSA i. V. m. der Abgabenordnung zum Ansatz. Für Aussagen zu konkreten Einzelfällen ist es zu früh. Anzumerken ist erneut, dass das Beitragsrecht von einem straffen gesetzlichen Rahmen geprägt ist; Entscheidungsspielräume von Stadtrat bzw. Stadtverwaltung werden bei alledem nicht gesehen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter